

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 22. September 2016

Antrags-Nr. 16-F-03-0103

Demokratische Teilhabe stärken

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2016 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

1) Es wird festgestellt:

Ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung für das Jugendparlament der Stadt Wiesbaden ist wünschenswert, aber nicht mit der HGO in ihrer derzeitigen Form vereinbar.

2) Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird beauftragt sich für eine Änderung der HGO im Punkte eines Antragsrechtes für das Jugendparlament einzusetzen.

3) Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Ältestenausschuss, bis dahin eine Übergangslösung zu finden.

Antrag der SPD-Fraktion zum Antrag 16-F-03-0103 („Demokratische Teilhabe stärken“), TOP 6 der TO I für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. September 2016

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, sich über den Hessischen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Hessische Gemeindeordnung dahingehend abgeändert wird, dass Jugendparlamenten, Seniorenbeiräten und Ausländerbeiräten in der Hessischen Gemeindeordnung ein Antragsrecht eingeräumt wird.

2. Die Wiesbadener Abgeordneten im Hessischen Landtag werden gebeten sich dafür einzusetzen, dass ein Antragsrecht des Jugendparlaments, des Seniorenbeirats und des Ausländerbeirats in der Hessischen Gemeindeordnung geregelt wird.

3. Der Ältestenausschuss wird gebeten, eine Möglichkeit zu finden, dass Anträge des Jugendparlaments von der Stadtverordnetenversammlung und/oder von den Ausschüssen beraten werden können.

Beschluss Nr. 0284

Bei Übernahme des Antrages der SPD-Fraktion durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird der nunmehr gemeinsame Antrag wie folgt beschlossen:

1. Der Magistrat wird gebeten, sich über den Hessischen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Hessische Gemeindeordnung dahingehend abgeändert wird, dass Jugendparlamenten, Seniorenbeiräten und Ausländerbeiräten in der Hessischen Gemeindeordnung ein Antragsrecht eingeräumt wird.

2. Die Wiesbadener Abgeordneten im Hessischen Landtag werden gebeten sich dafür einzusetzen, dass ein Antragsrecht des Jugendparlaments, des Seniorenbeirats und des Ausländerbeirats in der Hessischen Gemeindeordnung geregelt wird.

3. Der Ältestenausschuss wird gebeten, eine Möglichkeit zu finden, dass Anträge des Jugendparlaments von der Stadtverordnetenversammlung und/oder von den Ausschüssen beraten werden können.

Der Vorsitzenden des Ältestenausschusses
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Ziffer 3
Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Ziffern 1 und 2

Wiesbaden, .09.2016

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2016

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister